

Übersetzung des Namensbeitrags von Romani Prodi, von 1999 bis 2014 Präsident der Europäischen Kommission in „Le Monde“ vom 14. August 2015

Lassen wir Deutschland das europäische Projekt nicht grundlegend verändern

Die griechische Krise kehrt mit dem Beschluss über einen dritten Hilfsplan in unser Bewusstsein zurück. Deutschland aber sträubt sich weiter und bietet den Beobachtern das Bild eines Europas, gespalten darüber, was man tun sollte.

Nach dem Kompromiss zwischen Griechenland und seinen Partnern der Eurozone vom 13. Juli, freute man sich darüber, dass das Schlimmste vermieden worden war. Leider geht die Unsicherheit weiter. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble soll nämlich bei einer Sitzung der Eurogruppe vorgeschlagen haben, die Machtbefugnisse der Europäischen Kommission zu verringern und die wesentlichen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik einer unabhängigen Einrichtung zu übertragen.

Jean-Claude Juncker hat auf diesen Vorschlag nur zaghaft reagiert. Als ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission empfinde ich es als meine politische und moralische Verpflichtung Position gegen diesen Vorschlag zu beziehen.

Beunruhigender politischer Kurswechsel

Mein erster Einwand ist juristischer Natur, weil dieser Vorschlag dem Artikel 17 des Vertrags über die Europäische Union widerspricht, der die Machtbefugnisse der Europäischen Kommission garantiert, indem er festlegt, dass „die Mitglieder der Kommission von einer Regierung weder Anweisungen erbitten noch akzeptieren.“ Das Projekt von Herrn Schäuble scheint aber ganz nah bei einer Neufestlegung der Zuständigkeiten der Europäischen Kommission zu liegen mit dem Ziel sie einzuschränken. Jenseits dieser juristischen Frage bin ich außergewöhnlich beunruhigt über die politische Wende, die wir dabei sind zu nehmen.

Auch der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer hat das festgestellt, als er neulich schrieb, Deutschland sei dabei die Eurozone in eine Einflusszone umzubauen. Die frühere europäische Solidarität wird jetzt als „krankhaft Europa-romantisch“ angesehen, und das deutsche Europa ist im Begriff sich gegen die Sehnsucht nach einem europäischen Deutschland durchzusetzen.

Man muss also mit Entschiedenheit reagieren, weil die Eurozone sonst schnell an die Sollbruchstelle kommen wird. Ich hatte erwartet, dass die anderen Länder der Europäischen Union reagieren und sich der Folgen dieser neuen deutschen Haltung bewusst werden.

Die gemeinsame Erklärung der für die Europapolitik Verantwortlichen in Frankreich und Italien, Harlem Désir und Sandro Gozi, (Le Monde vom 31. Juli), ist in dieser Hinsicht zu begrüßen, wir müssen aber sehr viel entschiedener handeln, um zu verhindern, dass ein starker Grundsatz aufgegeben wird, der die Konstruktion der Europäischen Union von Anfang an geleitet und zu ihr beigetragen hat. Man kann die Europäische Kommission nicht schwächen, weil das zum Zerfall der Gemeinschaft führte. Dringend muss ein außerordentlicher Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der Verantwortlichen der europäischen Institutionen und der europäischen Parteien einberufen werden, um über die Zukunft Europas und unser gemeinsames Schicksal zu verhandeln.

Dabei sollte es nicht um technische Gesichtspunkte oder um Sofortmaßnahmen gehen und darum, was sie unseren Völkern bringen können. Wir müssen endlich über Politik reden. Weltweit und aus der Sicht der europäischen Bürger verliert die Europäische Union immer weiter an Ansehen. Wenn wir den Kurs nicht ändern sind wir zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Aus diesem Grund muss Deutschland klar sagen, welchen Kurs es einzuschlagen gedenkt. Die anderen Mitgliedsstaaten, beginnend mit Frankreich und Italien, müssen aus ihrer Sicht ebenfalls klarstellen, welche Vorstellung sie vertreten. Deutschland muss entscheiden, ob es die Herausforderungen der Globalisierung allein annehmen will (und sich dabei auf einige Satelliten-Staaten stützt) oder ob es die Politik der europäischen Integration fortsetzen will, die Deutschland ermöglicht hat, die nationale Einheit und eine immer stärkere wirtschaftliche Stellung zu erreichen .

Parallel zu einem solchen politischen Gipfel müssen in den Mitgliedsstaaten Debatten im Parlament und in der Bürgerschaft organisiert werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die innovativste Institution des zwanzigsten Jahrhunderts, die Europäische Kommission, zum Opfer eines solchen Populismus wird. Wir können nicht den Ausgang des britischen Referendums oder der nächsten Wahlen in allen 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union abwarten. Die Klärung muss jetzt stattfinden!

Nur ein gemeinsamer Appell von Frankreich und Italien könnte die Einberufung eines solchen Gipfels durchsetzen. Bevor wir uns mit unseren Partnern zusammensetzen, muss man aber daran erinnern, dass keinerlei Übertragung von Souveränität auf Institutionen möglich ist, die die Entscheidungen nicht mit Mehrheit und unter der Kontrolle des Parlaments von Strassburg treffen, so wie es die Gründungsdokumente der Europäischen Union vorsehen. Das ist der Preis für die demokratische Legitimität des europäischen Projekts.